

Inhaltsverzeichnis

Bundeswehreinsatz „out-of-area“ – und im Innern	17
1. Die neue Welt des Krieges und das Recht: Out of Area-Einsätze der Bundeswehr im verfassungsfreien Raum	19
a) Krieg und Frieden	19
aa) Krieg als zwischenstaatlicher Konflikt im Völkerrecht	19
bb) Verpflichtung zum Frieden im Grundgesetz	21
b) „Humanitäre Intervention“ und „Out of Area-Urteil“	23
c) „Not kennt kein Gebot“?	26
aa) „Tirana-Einsatz“ zur Evakuierung von Staatsbürgern	27
bb) Kampfeinsatz im „Kosovo-Krieg“	29
d) Einsatz der Bundeswehr gegen den internationalen Terrorismus?	31
e) Zusammenfassende Bewertung	34
2. Krieg, Frieden und außenpolitische Parlamentskompetenz. John Locke’s „föderative Gewalt“ im Staatsverständnis des Bundesverfassungsgerichts	37
a) Rückblick: die politische Grundentscheidung – der „Parlamentsvorbehalt“ (1994) und die Entscheidung zum NATO-Doppelbeschluss (1984)	39
b) Tirana-Einsatz (1997) und Kosovo-Konflikt (1999)	43
c) Die Entscheidung zum NATO-Strategiekonzept (2001)	45
aa) Erweiterte Sicherheit als Domäne der Regierung	45
bb) Politisch-theoretischer Fixpunkt: die „föderative Gewalt“ von John Locke	47
cc) Nationales Interesse als „Friedenssicherung“?	49
d) Entscheidung zum Tornado-Einsatz Afghanistan (2007)	50
e) Entscheidung zum AWACS-Einsatz Türkei (2008)	51
3. Das Bundesverfassungsgericht im Politikfeld Innere Sicherheit	55
a) Grundpositionen in der aktuellen Sicherheitsdebatte	55

b) Von „Schleyer“ zu „Luftsicherheit“	57
4. „Kalte“ Verfassungsänderung – die Plenarentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Luftsicherheit	63
a) Streit zwischen den Senaten	63
b) Die Plenarentscheidung	65
Polizei, „neue“ Sicherheit und Demokratie	69
1. Bundeskriminalamt, Bundespolizei und „neue“ Sicherheit	71
a) Die Sonderpolizeien des Bundes	71
b) Neue Herausforderungen der „erweiterten“ Sicherheit	73
c) Steuerungsfunktion des Bundesministerium des Innern	76
d) Personalentwicklung bei BKA und BPOL seit den 1990er Jahren	79
e) Entwicklungen bei BKA und BPOL seit 9/11	80
aa) Erweiterungen von Vorfeldmaßnahmen	81
bb) Ausbau der Vernetzung mit anderen Behörden	82
f) Ergebnis und Ausblick	83
2. Europäisierung von Grenzpolitik und Terrorismusbekämpfung	85
3. Polizei, Verfassungsschutz und Organisierte Kriminalität: Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Sachsen zum Trennungsgebot	91
a) Hintergrund	91
b) Position der Antragsteller	93
c) Position der Landesregierung	94
d) Organisierte Kriminalität – grundsätzlich keine Aufgabe des Verfassungsschutzes	95
aa) Historische Auslegung und „Polizeibrief“	95
bb) Eindeutige Vorgabe in der sächsischen Landesverfassung	98

4. (K)ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts? Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum EU-Haftbefehl	101
a) Hintergrund und Position des Beschwerdeführers	101
b) Position der Bundesregierung	103
c) Begründung des BVerfG	106
aa) Kein Verstoß gegen das Demokratieprinzip, da keine „Entstaatlichung“	106
bb) Rahmenbeschlüsse der EU – bloß Völkerrecht	110
5. Community policing in Deutschland: Der Bürger zwischen Partizipation, Gemeinschaft und Instrumentalisierung	113
a) Landespolizei und „community policing“?	114
b) „Hilfspolizei“	115
aa) Freiwilliger Polizeidienst	115
bb) „ABM-Sheriffs“ und „Bürgerwehr“	117
c) Präventionsräte	121
d) Polizeibeiräte und der Sonderfall der Hamburger Polizeikommission	123
e) Professionelle Polizei und demokratische Partizipation – die Trennung von Vollzug und Bürgerbeteiligung	126
6. Bürgerfreiheit, Menschenrechte und Staatsräson – ausgewählte Grundrecht-Rechtsprechung im Bereich „Innere Sicherheit“	129
a) Liberal-etatistische Tradition	129
b) Die Rechtsprechung zur Demonstrations- und Versammlungsfreiheit	130
aa) Der Brokdorf-Beschluss	132
1) Die Versammlungsfreiheit als demokratisches Teilhaberecht	133
2) Verfassungsrechtliche Anforderungen an Beschränkung, Verbot und Auflösung einer Versammlung	135
3) Kritische Würdigung des Brokdorf-Beschlusses	138
bb) Die Sitzblockaden-Entscheidungen	141
1) Die Auslegung des Gewaltbegriffs bei BVerfG und BGH	141
2) Die erweiternde Auslegung des Gewaltbegriffs beim BGH im Nachgang zur BVerfG-Entscheidung	142
3) Kritische Würdigung der Sitzblockaden-Entscheidungen	143

c) Die Rechtsprechung zum Asylrecht	144
aa) Lapidares Ende eines Menschenrechts	144
1) Asylkompromiss-Beschluss	144
2) Staatsräson im „Menschenbild“	146
bb) Politische Verfolgung als bloß staatliche Verfolgung	148
1) Tamilen-Beschluss	149
2) Staatstheologie bei Hegel und Hobbes – Rezeption in der liberalen Staatslehre Jellineks	150
3) „Quasi-staatliche Verfolgung“? – Afghanistan-Kammerbeschluss	154
7. Rezensionen	159
a) Lange: Innere Sicherheit im Politischen System	159
b) Frevel: Kooperative Sicherheitspolitik in Mittelstädten	161
c) Groß / Frevel / Dams: Handbuch der Polizeien Deutschlands	164
d) Conze: Die Suche nach Sicherheit	167
e) Schlögel: Das Bundesverfassungsgericht im Politikfeld Innere Sicherheit	167
f) Riescher: Sicherheit und Freiheit statt Terror und Angst	168
g) Stienen: Privatisierung und Entstaatlichung der inneren Sicherheit	169
h) Schulze: Die Sprache der Unsicherheit	170
i) Foschepoth: Überwachtes Deutschland	171
Zuwanderung, Sicherheit und Demokratie	173
1. Nicht „Integration“, sondern Partizipation: Das Ausländerwahlrecht als Menschenrecht einer liberalen Theorie des Staatsvolks	175
a) Integration und Ausländerfeindlichkeit	175
b) Bürgerschaft statt Staatsvolk	177
c) Demokratie ist nicht nationale Gleichheit, sondern gleiche politische Freiheit	179
Literatur	181

2. (K)ein Kopftuch für Polizistinnen? Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus pluralismustheoretischer Sicht	183
a) Fraenkels Neo-Pluralismus	185
b) „Kopftuch-Entscheidung“ und Polizeiuniform	188
aa) Hintergrund der „Kopftuch-Entscheidung“	188
bb) Mehr pluralistische Demokratie im öffentlichen Dienst wagen?	189
cc) Schlussfolgerungen für die Polizei	192
3. Rezensionen	195
a) Keil: Freizügigkeit, Gerechtigkeit, demokratische Autonomie	195
b) Liebl: Polizei und Fremde – Fremde in der Polizei	196
c) Hunold u. a.: Fremde als Ordnungshüter?	196
Freund-Feind-Recht	199
1. „Freund-Feind-Recht“ und „Doppelstaat“? Anmerkungen zur Kontroverse um die Thesen des Strafrechtlers Günther Jakobs	201
2. Sicherheitsstaat – „Bürgeropfer“ – Grundrecht auf Sicherheit	207
3. Die dunkle Seite des Rechtsstaats: Otto Kirchheimers „Politische Justiz“ zwischen Freund-Feind, Klassenjustiz und Zivilisierung	211
a) Die Besonderheit der „Politischen Justiz“	211
b) Rechtspolitologie? Der Mythos vom unpolitischen Recht und Richter in der Rechts- und Politikwissenschaft	213
c) Weimarer Spuren in Kirchheimers „Politischer Justiz“	216
aa) Erste Spur: die „Klassenjustiz“, insb. nach Ernst Fraenkel	218
bb) Zweite Spur: die „liberale“ Schmitt-Rezeption – politische Justiz als „Freund-Feind“	222
cc) Dritte Spur: der Kelsen-Weber-Positivismus – politische Justiz als zivilisiertes Verfahren	226
Literatur	230

Extremismus und Terrorismus	235
1. Der Rechtsterrorismus des NSU und der Etatismus als „blinder Fleck“ des Staatsschutzes	237
2. Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Integration	241
3. Moderner Terrorismus und politische Religion: Zur Rezeption westlicher Ideologien im „Islamismus“	249
a) Terrorismus, Totalitarismus und Moderne	249
b) Islamistischer Terrorismus und der Geist der Moderne	252
4. 20 Jahre „Jahrbuch Extremismus & Demokratie“	259
a) Ursprünglich „unzeitgemäß“ – heute Standardwerk	259
b) inhaltliche Struktur des E & D und aktuelle Bände	261
5. Rezensionen	265
a) Bötticher / Mareš: Extremismus	265
b) Schedler / Häusler: Autonome Nationalisten	266
c) Braun / Vogt: Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“	267
d) Braun: Scientology	267
 Parteiverbote	 269
1. Die Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht	271
a) „Wehrhafte Demokratie“	271
b) Begriff der fdGO und Parteienstaatslehre von Leibholz: SRP-Verbot	272
c) Marxismus und Wiedervereinigung: KPD-Verbot	277
d) „Kaltes Parteiverbot“ und Begriff der „Scheinpartei“ bei Scholz: FAP- und NL-Beschluss	282
e) „Staatsfreiheitsgebot“ und Verfassungsschutz: NPD-Beschluss	287

2. Kein zweites Verbotverfahren gegen die NPD – Streichung der staatlichen Parteienfinanzierung als „flexible Response“	293
Internationalisierung der Strafgerichtsbarkeit	299
1. Politische Bedingungen einer effektiven internationalen Strafgerichtsbarkeit	301
a) Interalliierte Gerichte	301
b) Ad-hoc-Tribunale der UN	302
c) Internationalisierte („gemischte“) Gerichte	303
d) Internationaler Strafgerichtshof, UN-Sicherheitsrat und die USA	305
e) Paradigmenwechsel von Völkerrecht und staatlicher Souveränität	308
f) Schlussfolgerung	310
2. Die Kampala-Revisionskonferenz: Internationaler Strafgerichtshof, UN-Sicherheitsrat und das Problem der „Aggression“	313
a) Das Verbrechen der Aggression im Römischen Statut von 1998	313
b) Die Kompromisse der Kampala-Revisionskonferenz 2010	315
aa) Definition der Aggression	317
bb) Zuständigkeit und Anbindung an den UN-Sicherheitsrat	319
Textnachweise	322